

Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz – Unsere 10 Punkte zur Landtagswahl am 15. Mai 2022

Die Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Kammern aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft mit dem Ziel, NRW auf dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudesektor zu begleiten.

Das vorliegende Papier wurde am 11. März 2022 von der Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz beschlossen. Es zeigt der Politik, wo aus Sicht der Akteure dringender Handlungsbedarf besteht und gibt konkrete Richtungen vor.

Die Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz arbeitet nach dem Leitbild von KlimaDiskurs.NRW ‚Klima schützen und den Wirtschafts- und Industriestandort stärken‘.

Kontakt:

KlimaDiskurs.NRW e. V | Höherweg 200 | 40233 Düsseldorf | T: 0211 828 054 96 | info@klimadiskurs-nrw.de

Sebastian Krieger | T: 0211 97 62 15 79 | sebastian.krieger@klimadiskurs-nrw.de

1. Klimaschonend neuen Wohnraum schaffen durch Nachverdichtung und Aufstockung

Wir brauchen eine bessere Nutzung bereits vorhandener Flächen. Neuer Wohnraum sollte vor allem durch Nachverdichtung, Aufstockung und Brachflächennutzung geschaffen werden. Im Althausbestand können durch klimagerechte Renovierungen auch mehr Wohnungen entstehen, als zuvor zur Verfügung standen. Eine Landesbauordnung mit spezifischen Regelungen für das Weiterbauen im Bestand würde dies erheblich erleichtern. Weiter können Kommunen durch unterschiedliche Ansätze die BürgerInnen motivieren, die vorhandenen Wohnflächen kreativ besser zu nutzen. Dafür müssen sie personell und finanziell ausreichend ausgestattet werden.

2. Klimagerecht neuen Wohnraum schaffen durch neue Kriterien bei Baulandvergabe

Wenn Bauland neu ausgewiesen werden soll, brauchen wir auch immer eine Ausrichtung unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz & Klimafolgen. Dabei sollte die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung haben. Zugleich muss klimagerechtes Wohnen auch bezahlbar sein. Das Kriterium des Kaufpreises allein ist für die Vergabe von Bauland nicht ausreichend: Wir können es uns nicht leisten, dass Bauland als Spekulationsobjekt dient. Das Land soll Kommunen darin unterstützen, durch verbindliche Baugebote sicherzustellen, dass Bauland zielgerichtet zur Schaffung bezahlbaren und klimagerechten Wohnraums geschaffen wird. Aktuell entspricht der Wohnbau nicht dem Bedarf: In NRW fehlen vor allem kleine bezahlbare Wohnungen, doch vier von fünf Neubauten sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Diese werden zudem meist auf landwirtschaftlichen Flächen erstellt.

3. Kreislaufwirtschaft und Lebenszyklusbetrachtung beim Bauen

Wir brauchen die Kreislaufwirtschaft beim Bauen. Der Gebäudebereich ist deutschlandweit für 16 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Um die Emissionen zu senken, müssen Energieverbrauch und Primärrohstoffeinsatz drastisch reduziert werden. Das gelingt über einen Lebenszyklusansatz und wiederverwendbare Roh- und Baustoffe unter der Maxime: Umbau vor Neubau spart wesentlich graue Energie ein. Für die Umgestaltung des Sektors braucht es neue politische und regulatorische Rahmenbedingungen, z. B. ein angepasstes Baurecht in Sachen Dichte, Abstandsflächen, Barrierefreiheit, Brandschutz oder eines verbindlichen Stellplatznachweises.

4. Ganzheitlicher Ansatz bei Bestandssanierungen

Wir brauchen eine ganzheitliche Perspektive, um einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Gebäudeseitige Effizienzmaßnahmen senken den Energieverbrauch und steigern dabei die Wohnqualität. Zugleich muss der verbleibende Energiebedarf durch klimaneutrale Energiequellen gedeckt werden. Energie wird dabei zunächst eine knappe Ressource bleiben. Eine wichtige Rolle beim Betrieb der Gebäude spielen digitale, vernetzte Regelungssysteme sowie ein konsequentes Monitoring und Betriebsoptimierung. Die zum Erreichen der Klimaneutralität eines Gebäudes oder Quartiers

jeweils passende Kombination von Maßnahmen muss den Begebenheiten vor Ort wie den bisherigen Zustand, die Umgebung etc. sowie auch sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien gerecht werden.

5. Netto-Null durch Erneuerbare Energien: Dezentrale Energieerzeugung

Wir brauchen mehr Erneuerbare Energien im Gebäudesektor. Die dezentrale Energieerzeugung in Wohn- und Stadtquartieren soll gefördert werden, um die Energieversorgung mit regenerativen Energieträgern im Gebäudebestand zu ermöglichen. Insbesondere größere Anlagen und Quartiersstrom in einem größeren räumlichen Zusammenhang befördern die Sektorenkopplung, die Netzstabilität und die Integration erneuerbarer Energien in die Netze.

6. Der Planungs- und Bausektor braucht eine breit angelegte Fachkräfteoffensive

Wir brauchen eine ganzheitliche Fachkräfteoffensive, die die berufliche Bildung ebenso im Blick hat wie die Arbeitsagenturen mit ihren Bildungsangeboten. Nur mit genügend verfügbaren qualifizierten Fachkräften in allen Bereichen gelingt die Umsetzung der Klimaziele z. B. im Wärmesektor. Insbesondere KMU und die Baustoffindustrie könnten mit Innovationen zur Wärmewende beitragen – doch hier fehlen Fachleute. Gleichzeitig müssen die Arbeitsbedingungen im Bau attraktiver werden, um Fachkräfte zu binden. Dazu gehört etwa die Stärkung der Tarifbindung. Verstärkte Kontrollen am Bau wirken u. a. gegen den Dumpingdruck.

7. Zielgerichtet Maßnahmen gegen Überhitzung und für Artenschutz umsetzen

Wir brauchen eine konsequente Anpassung des Wohn- und Gebäudebaus insgesamt sowie des Städtebaus an den Klimawandel und seinen Folgen. Es braucht Maßnahmen gegen die Überhitzung: Die Schaffung neuer Grünflächen durch Parks und Gärten in Städten, Kaltluftschneisen sowie die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung. Schottergärten müssen zurückgebaut werden, Rasenflächen zu Wildblumenwiesen umgewandelt und blaue Infrastruktur klug geplant werden. Vorhandener Baumbestand soll verantwortungsvoll behandelt werden. Wildblumenwiesen heizen sich weniger auf als Asphalt, tiefer gehende Pflanzenwurzeln ermöglichen zudem, dass Regenwasser schneller ins Erdreich sichert und schützen den Boden so vorm Austrocknen. Sie bieten Tieren zudem ein besseres Nahrungsangebot und kommen so dem Artenschutz zu Gute.

8. Innovation & Forschung benötigen bessere Voraussetzungen

Wir brauchen eine Stärkung der Forschung für nachhaltiges Planen und Bauen im Bestand sowie im Neubau. So fördern wir technologische Offenheit und potenzielle neue Lösungsansätze sowie notwendige Innovationsschübe für Bestandssanierungen und den Neubau. Ein Innovationsfonds kann helfen, die klimagerechte und digitale Transformation des Bauschaffens erfolgreich zu bewältigen. Hierbei sind gezielt Projekte zu fördern, die im Sinne der Nachhaltigkeit sinnvolle Experimente wagen.

9. Förderung zielgerichtet einsetzen: Fokus auf effiziente Maßnahmen legen

Wir brauchen eine Konzentration der Förderung auf effiziente und effektive Maßnahmen: Der Fokus sollte auf Gebäudesanierungen und einfacher Antragsstellung liegen. Die Planungs- und Baubranche sowie die Wohnungswirtschaft benötigen darüber hinaus vor allem Planungssicherheit. Die Landespolitik soll sich auf Bundesebene für eine schnelle Wiedereinsetzung der energetischen Förderung einsetzen. Es braucht Klarheit in den Fördermöglichkeiten.

Effektive Gebäudesanierungen sind i. d. R. effizienter als weitere Zugewinne bei Neubauten. Daher sollen insbesondere die Fördermittel in Richtung energetischer Altbausanierungen verstärkt werden. Neue Heizungen sind nur dort zu fördern, wo sie effiziente Baukörper versorgen und damit maßgeblich den Energieverbrauch reduzieren. Geeignete gewerkeübergreifende und vorausschauende Strategien können mit individuellen Sanierungsfahrplänen (iSFP) entwickelt werden. Für Einzeleigentümer und Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) müssen geeignete Hilfen und Vereinfachungen für die Planung und Umsetzung von Sanierungen entwickelt werden.

Wir brauchen vereinfachte und standardisierte Förderprozesse und -Anträge auf kommunaler sowie Landesebene. Der bürokratische Aufwand soll beim Fördergeber liegen, der über die entsprechende Expertise fügt. Das macht Förderungen attraktiv, vermeidet Fehler und beschleunigt die Vergabeprozesse. Ein gutes Beispiel gelungener Förderung ist etwa die Modernisierungsoffensive.

10. NRW braucht ein Ministerium für Bau, Wohnen und Klima

Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung gehören zusammen, die fachliche Bündelung in einem Landesministerium hat sich bewährt. Eine erfolgreiche Antwort auf den Klimawandel sowie die Energie- und Mobilitätswende findet aber heute in wesentlichen Teilen im Wohn- und Stadtquartier statt. Stichworte sind eine quartiersnahe regenerative Energieerzeugung, der Ausbau der Ladeinfrastruktur, Nahmobilitätskonzepte, Sharingangebote sowie mehr Klimaresilienz und Biodiversität im Wohnungsbestand. Ein künftiges Fachministerium sollte daher für alle ordnungs- und förderrechtlichen Themen im Wohn- und Stadtquartier zuständig sein – bei allen relevanten Zukunftsfragen der Klima-, Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik.

Dieses Papier der Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz soll auch über die Landtagswahl am 15. Mai 2022 hinaus zu einer lebhaften und zielgerichteten Debatte beitragen.

Kontakt:

KlimaDiskurs.NRW e. V | Höherweg 200 | 40233 Düsseldorf | T: 0211 828 054 96 | info@klimadiskurs-nrw.de